

Neues Schlesisches Tagblatt

Unabhängige Tageszeitung.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle, Bielitz, Pilsudskiego 18, Tel. 1029. Geschäftsstelle Katowice, ul. Mlynska 45-8. Erscheinungsweise: täglich morgens. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bankkonto: Schlesische Eskomptebank, Bielitz. Bezugspreis ohne Zusendung Bl. 4.— monatl., (mit illustrierter Sonntags-

beilage „Die Welt am Sonntag“ Bl. 5.50), mit portofreier Zustellung Bl. 4.50, (mit illustrierter Sonntagsbeilage Bl. 6.—). Anzeigenpreis: im Anzeigenteil die 8 mal gespaltene Millimeterzeile 18 Groschen, im Reklameteil die 6 mal gespaltene Millimeterzeile 52 Groschen. (Bei Wiederholung Rabatt).

3. Jahrgang.

Dienstag, den 29. Juli 1930.

Nr. 201.

Die internationale österreichische Anleihe.

Von Dr. Otto Juch.

Oesterreichischer Finanzminister.

Es bedurfte einer fast dreijährigen mühevollen Arbeit, um, gestützt auf die zunehmende Besserung der internationalen Stellung Oesterreichs, eine Regelung der Relieffschulden und die Befreiung von den Reparationsverpflichtungen zu erreichen und damit Oesterreich gegenüber dem Auslande selbständig und vollständig kreditfähig zu machen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Oesterreichs, die im laufenden Jahre eine Verschärfung aus der Entwicklung der Weltmärkte erfuhren, drängten zu einer Beschleunigung der Bemühungen um einen Auslandskredit. Sobald durch die Haager Beschlüsse die Reparationsfrage als bereinigt gelten konnte, verstärkte die österreichische Regierung ihre Bemühungen, sich den ausländischen Kreditmarkt zu erschließen. Auf diesem Markte waren allerdings inzwischen schwerste Verfallsanzeigen aufgetreten. Einer Ueber speculation auf den Aktienmärkten waren schwere Kurszusammenbrüche gefolgt. Gleichzeitig setzte auf nahezu allen Rohstoffmärkten ein noch anhaltender Preisrückgang allergrößten Ausmaßes ein. Die Verluste des Kapitals auf diesen Märkten wuchsen ins Gigantische. Die Anlegewerte konnten hier von nicht unberührt bleiben. Trotz dieser Schwäche des Kapitalmarktes drückte seit Beginn des Jahres 1930 wieder eine verstärkte Kreditnachfrage der öffentlichen Verbände auf diesen Markt. Mit außergewöhnlichem Aufgebot an Marktbeeinflussung jeder Art wurde schließlich noch im Juni die 300 Millionen-Dollar Anleihe des Young-Planes herausgebracht.

Oesterreich hatte seit sieben Jahren keine Anleihe im Ausland auflegen können. Seit drei Jahren mußten notwendige Investitionen auf lange Sicht aus den laufenden Einnahmen einer ohnedies äußerst kapitalschwachen und kapitalbedürftigen Wirtschaft bestritten werden. Es mußte daher alles daran gesetzt werden, den endlich von Bindungen befreiten Weg zum Kapitalimport zu beschreiten. Wir hatten gehofft, die Anleihe vor der deutschen Reparationsanleihe auf den Markt zu bringen und auf diese Weise die damals immerhin noch etwas günstigere Marktlage auszunützen. Dies konnte jedoch nicht erreicht werden, da es nicht gelang, die Erfüllung der formellen Voraussetzungen, insbesondere die Ratifikation des Haager Vertrages rechtzeitig zu erlangen; auch zeigte es sich, daß die Interessenten der Young-Anleihe den Markt vor dieser Anleihe für andere Anleihen nicht freigeben wollten. Sollte aber die Anleihe noch vor dem Sommer herausgebracht werden, so war die stärkste Beschleunigung der Verhandlungen notwendig. Als europäisches Relieffomitee, amerikanische Regierung, Reparationskommission, Signaturmächte der Haager Vereinbarungen und Kontrollkomitee der Garantemächte die erforderliche Akte gesetzt und die mit der Bankengruppe geführten Verhandlungen das sehr komplizierte Organisationsgerüst einer internationalen Anleihetransaktion fertiggestellt hatten, entstand die Frage des Preises für die Anleihe. Bei den Banken, insbesondere bei den für die Ausbringung entscheidenden englischen und amerikanischen Instituten, bestand das begriffliche Bedürfnis, sich gegen die in den letzten Monaten wiederholt, zuletzt bei der Young-Anleihe eingetretene Erscheinung der Nichtunterbringung erheblicher Anleihebestände und des im Gefolge auftretenden Disagios zu schützen. Die Verhandlungen gestalteten sich daher äußerst schwierig und drohten zeitweise völlig zu scheitern. Die Tatsache, daß die Young-Anleihe in einzelnen Ländern durchaus nicht den erwarteten Erfolg hatte und in England gerade während unserer Verhandlungen eine ständig rückläufige Kursbewegung zeigte, hatte einen schweren Druck ausgeübt. Das schließlich vereinbarte Ergebnis ist bekannt. Die Kreditbedingungen sind zwar schwer, sie sind aber wesentlich leichter, als die der Völkerbundsanleihe. Eine Verschiebung der Kreditaufnahme etwa bis zum Herbst hätte die Situation nur verschlechtert können. Eine Besserung der Marktlage bis dahin ist unwahrscheinlich, ihre Verschlechterung nicht ausgeschlossen, zumal da die Zahl der Kreditwerber dann eine größere sein wird.

Der erste Abschnitt der internationalen österreichischen Anleihe beträgt in Schilling gerechnet nominell rund 438 Millionen und ergibt für Oesterreich einen Reinerlös von

Marshall Szymanski über die Tagesfragen und die politischen Kämpfe.

In Ergänzung unserer Meldung von dem Aufenthalt des Senatsmarschalls Prof. Szymanski in Wien, erfahren wir, daß der Marschall bei einer Versammlung der polnischen Kolonie in Wien eine Rede über die polnischen Verhältnisse gehalten habe. In seiner Rede bemerkte der Marschall, daß sich die Polen noch nicht recht in die Verhältnisse einer eigenen Regierung eingelebt haben. Sie büßen jetzt ihre Fehler aus der Zeit der Teilungen. Die Konstitution in Polen war eine der liberalsten auf der Welt, doch verstand man es nicht, von der Freiheit den rechten Gebrauch zu machen. Unter diesen Umständen entstand eine Sejmherrlichkeit und demagogische Mittel wurden zur Untergrabung der Regierung angewendet. Im polnischen Parlamenten sitzen Menschen, denen nicht das Sein des polnischen Staates am Herzen liegt, aber auch viele Analphabeten und Leute von niedrigen geistigen Kräften. Die Opposition rühmt sich ihrer Demokratie und tritt gegen Josef Pilsudski auf, der aber der größte Demokrat ist. Der Krakauer Kongress war nicht nur ein großer Fehler der Opposition, er wird auch ein Schandfleck für die jetzige Generation bleiben.

Weiter führte der Marschall aus, daß er es wohl lieber sehen würde, wenn der Senat togen und funktionieren würde, aber die Staatsdoktrin und das Interesse des Staates stehen in diesem Falle im Kampfe mit dem eigenen Ich. Marschall Pilsudski hat nicht aufgehört ein Demokrat zu sein. Ihm hat Polen seine Freiheit zu verdanken. Er ist

kein Diktator. Die Minister haben vollständige Freiheit im Handeln, aber sie haben gewisse Grenzen. Im jetzigen Polen werden die Bedingungen für die künftige Generation gebaut und geschaffen.

Der Redner zog die Tätigkeit der einzelnen Staatsfunktionäre und die Arbeit der einzelnen Ministerien unter die Lupe. Er zeigte, daß sich die Sicherheitsverhältnisse im Lande gebessert haben, die Verhältnisse auf sanitärem und sozialem Gebiete, der Ausbau der Wege und der Kommunikationsmittel, der Ausbau des Schulwesens und der Volksaufklärung, die Verteidigungsmittel des Staates. Durch großen Kräfteaufwand ist der Hafen ausgebaut worden, der schon jetzt ein Konkurrent für sämtliche anderen Häfen ist.

Zum Schlusse bewies der Redner, daß der polnische Staat im Auslande geachtet werde und das Polen im Völkerkongresse eine bedeutende Rolle spiele.

Am Samstag, den 26. ds., traf der Senatsmarschall Prof. Dr. Szymanski in Genf ein. Zu seiner Begrüßung kam der polnische Konsul aus Bern. Am Samstag abend fand unter dem Vorsitz des Marschalls Szymanski, als Präses des Verbandes der Auslandspolen, eine Sitzung des Generalsekretariates der polnischen Vereinigungen in der Schweiz statt. Das Sekretariat gab Rechenschaft über die Aktion zur Hebung der kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Polen in der Schweiz und bat den Marschall um seine weitere Unterstützung.

Mistifikationen der Oppositionspresse.

Der Hauptverband des Legionärverbandes gibt nachstehendes Communiqué heraus:

Die Oppositionspresse hat in den letzten Tagen einen Aufruf einer angeblichen „Demokratischen Gruppe der Legionäre“ veröffentlicht, der zu einer Registrierung der Legionäre auffordert und einen neuen Verband anzeigt. Der Hauptverband des Legionärverbandes gibt hiermit die kategorische Erklärung ab, daß dieser Aufruf und alle ähnlichen Artikel von bisher unbekanntem Leuten herausgegeben wurden und nichts mit den Legionären gemeinsam haben. Diese Leute wollen damit nur den Oppositionsparteien zu Hilfe eilen und versuchen, einzelne Legionäre, die sich bisher von der Arbeit des Legionärverbandes fern gehalten haben, zu ihren Zielen und zu politischen Zwecken auszunützen. Die

Oppositionsparteien, die es früher nicht verstanden haben, sich für die Interessen der Legionäre einzusetzen, haben sich jetzt zusammengeschlossen, um dem ganzen Verband der Legionäre den Kampf anzusagen, und bemühen sich jetzt, den Anschein zu erwecken, daß wenigstens ein Bruchteil der Freiheitkämpfer auf ihrer Seite stehe. Der Hauptverband warnt alle Legionäre vor dieser angeblichen Registrierung und verneint kategorisch irgend eine Spaltung im Verbande. Die Einheit des Verbandes hat am besten die starke Beteiligung der Vertreter aller Abteilungen des Verbandes an der letzten Tagung, am 20. Juli, bewiesen. Der Verband der Legionäre steht geschlossen und diszipliniert zu der Ideologie des Marschalls Josef Pilsudski, der allein eine demokratische Regierung im polnischen Vaterlande sichert.

Herriot für das Briandmemorandum.

Paris, 28. Juli. Auf einem Bezirkskongress der radikalen Partei in Lyon hat Herriot eine Rede gehalten, in der er die Außenpolitik der Pazifisten und seine Politik hervorhob und re Bündnispolitik gegenüberstellte, die Krieg- und Hegemonielehre in sich trage. Im Anschluß daran setzte sich Herriot erneut für das Briandmemorandum ein, wozu er unter anderem ausführte:

Das alte Europa müsse sich vorsehen. Arbeitslosigkeit

in England, Arbeitslosigkeit in Deutschland, Arbeitslosigkeit in Italien! Wenn Europa sich nicht organisiere, werde es seinem Ruin entgegengehen. Daher müsse Briands Memorandum über die föderative Gestaltung Europas Annahme finden. Habe denn der Krieg 1914—1918 den Völkern nicht genügt? Man müsse das Menschenmögliche versuchen, damit dies der letzte Krieg gewesen sei.

beiläufig 395 Millionen. Die Belastung aus der Verzinsung stellt sich auf rund 7.69 Prozent und unter Einbeziehung des Rückzahlungsverlustes auf rund 8.29 Prozent. Das Erträgnis für den Zeichner ergibt unter Berücksichti-

gung des durchschnittlichen Verlosungsgewinnes 7.803 Proz. Die Durchschnittsbelastung des Bundes aus der Völkerbundsanleihe (Verzinsung plus Rückzahlungsverlust) beträgt 9.623 Prozent. Bezüglich der Verwendung der Anleiheer-

löse ist Oesterreich durch den Zustimmungsbeschluß des Kontrollkomitees, der die Verwendung auf wertvermehrende neue Anlagen der Bundesverkehrsbetriebe eingeschränkt, gebunden. Soweit wir bisher diese Investitionen vorschußweise aus Kassennitteln bestritten haben, bekommen wir die betreffenden Beträge zur freien Verfügung. Sie werden in der Hauptsache benötigt, um die Kassenbestände wieder auf die erforderliche Höhe zu bringen und die eingegangenen kurzfristigen Verbindlichkeiten abzudecken. Die Stellung des Treuhänders der Anleihegläubiger hat die Bank für internationale Zahlungen in Basel übernommen. Die aus den verpfändeten Einnahmen (Zölle und Tabakmonopol) eingehenden Beträge fließen zuerst den Treuhändern der Völkerbündelanleihe zwecks Ansammlung der für den Dienst dieser Anleihe erforderlichen Beträge zu, die Ueberschüsse werden sodann dem Treuhänder der neuen Anleihe zum gleichen Zweck zur Verfügung gestellt, der seinerseits die dann noch verbleibenden Beträge an die Staatskasse zurück überweist. Die ordentliche Rückzahlung erfolgt durch Ziehung oder durch Käufe am Markt, die bis zur Höhe des Parikurses einschließlich Prämien durchgeführt werden können. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, bis Ende 1932 keine andere Auslandsanleihe aufzulegen, ferner binnen Jahresfrist keinen weiteren Abschnitt dieser Anleihe ohne Zustimmung der amerikanischen Bankengruppe zu begeben. Bezüglich der Wohnbauanleihe, die keine Bundesanleihe sein wird, hat Oesterreich sich nur verpflichtet, binnen der nächsten sechs Monate eine Begebung auf ausländischen Plätzen zu unterlassen. Schließlich möchte ich feststellen, daß die österreichische Regierung im Zusammenhang mit der Anleihe keine Verpflichtungen, betreffend die vom Bund zu übernehmenden Vorkriegsschulden, eingegangen ist. Was die Frage der Neuregelung der Wiener Investitionsanleihe vom Jahre 1902 anlangt, so habe ich zugesagt, die zwischen der Gemeinde Wien und den Gläubigerverbänden im Zuge befindlichen Verhandlungen nach Möglichkeit zu fördern.

Slawek in Spala.

Wie uns aus Warschau berichtet wird, begab sich Ministerpräsident Slawek am Samstag nach Spala, um mit dem dort weilenden Staatspräsidenten eine Konferenz abzuhalten.

Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung.

Das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge hat im Einverständnis mit dem Finanzministerium auf Antrag des Hauptverbandes der Arbeitslosenversicherungen die Anordnung, in der Frage der Verlängerung bis auf 17 Wochen der Arbeitslosenunterstützung herausgegeben u. zw. für diejenigen Arbeitslosen, die bis zum 31. August den Anspruch auf die 13-wöchentliche Arbeitslosenunterstützung erschöpft haben. Obige Anordnung betrifft die Stadt Warschau die Wojewodschaft Warschau, die Stadt Lodz, einen Großteil der Wojewodschaft Lodz, die Wojewodschaft Kielce, die Stadt Kielce, Wojewodschaft Lublin, einige Bezirke der Wojewodschaft Lublin, die Stadt Bialystok, die Wojewodschaft Wilna mit der Stadt Wilna, die Wojewodschaft Nowogrodokel, die ganze Pommerische Wojewodschaft, die Stadt Posen, einen Großteil der Bezirke der Wojewodschaften Posen, Krakau, Lemberg, Stanislaw und ganz Schlesien.

Audienzen im Ministerratspräsidium.

Der Ministerpräsident hat am Freitag eine Delegation des Verbandes der Reserveunteroffiziere empfangen. Er hatte dann noch eine Besprechung mit dem Innenminister Ober Slawek.

Die Arbeitslosenfrage.

Am Freitag tagte unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine interministerielle Konferenz in der Arbeitslosenfrage. An der Konferenz nahmen teil der Leiter des Finanzministeriums Matuzewski, der Innenminister Ober Slawkowski und der Staatssekretär im Arbeitsministerium, General Subicki. Ueber die Ergebnisse dieser Konferenz werden wir noch berichten.

Ein kommunistischer Agitator verhaftet

Am Sonntag wurde auf dem Bahnhof in Rattowitz ein gewisser Aron Mendel Rastal, 25 Jahre alt, welcher aus Warschau eine große Menge Broschüren und überdies Anweisungen für die schlesischen Kommunisten mit sich führte, verhaftet. Die Broschüren waren für den 1. August bestimmt, an welchem Tage die Kommunisten Demonstrationen gegen den Krieg veranstalten wollen. Der Verhaftete wurde den Gerichtsbehörden überstellt.

Vermittelnde Verhandlungen mit Ghandi.

London, 28. Juli. Der indische Nationalistenführer Ghandi soll sich zur Teilnahme an der geplanten englisch-indischen Konferenz in London unter gewissen Bedingungen bereit erklärt haben. Ghandi verlangt zunächst eine Zusicherung des Vizekönigs von Indien, daß die bevorstehende Konferenz einen Entwurf einer Verfassung erlediige, welche Indien die Unabhängigkeit verleihe. Weiter fordere Ghandi die Abschaffung der Salzsteuer, ein Alkoholverbot sowie ein Einfuhrverbot für ausländisches Tuch, ferner eine Amnestie für die politischen Gefangenen, wenn die Verweigerung der bürgerlichen Pflichten in Indien eingestellt werde.

Nach der Meldung eines englischen Blattes hat Ghandi diese Forderungen in der Aussprache aufgestellt, die er in den letzten Tagen mit zwei gemäßigten indischen Nationalistenführern hatte. Die beiden Vermittler hatten gestern auch mit dem indischen Nationalistenführer Nehru und dessen Bruder eine mehr als vierstündige Besprechung im Gefängnis. Diese Unterredung soll heute fortgesetzt werden.

Schwere Streikunruhen in Frankreich.

Paris, 28. Juli. In dem nordfranzösischen Streikgebiet kam es gestern zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei in der Stadt Rouen. Auf einem Platz, auf dem Erdarbeiten ausgeführt wurden, errichteten die Arbeiter Barrikaden und bewarfen die Polizei mit Steinen. Die Polizei antwortete mit Revolvergeschüssen. Auf beiden

Seiten wurden mehrere Personen verletzt. Dreißig streikende Arbeiter wurden verhaftet. Der Streik richtet sich, wie wir bereits gemeldet haben, gegen die Lohnabzüge für die neue französische Sozialversicherung.

Ein Fluchtversuch Woldemaras?

Kowno, 28. Juli. Im Zusammenhang mit der Verbannung Woldemaras sind weitere acht Personen verhaftet worden.

Am Sonnabend abends hat Woldemaras von seinem Verbannungsort Plateli, im Kreise Krottingen, zwei seiner Anhänger und zwar den früheren Beamten im Memeler Gouvernement und Mitarbeiter des halbamtlichen „Litwos Midas“, jetzt Redakteur des Kownoer Woldemaras Organ,

Debeli, und Rechtsanwalt Tremawskas in Krottingen besucht, da seine Bewegungsfreiheit zunächst unbeschränkt war. Auf seinem Spaziergange durch ein Wäldchen versuchte Woldemaras mit seinen beiden Freunden, in ein vorüberfahrendes Auto zu steigen um angeblich die Umgebung zu besichtigen, was der Woldemaras zur Begleitung gegebene Polizist, trotz Protest verhinderte.

Der Tag in Polen.

Eine geheime Druckerei ausgehoben.

Das Personal und die Papierlieferanten verhaftet.

Aus Krakau wird berichtet: Die Polizei in Krakau entdeckte eine geheime kommunistische Druckerei in Krakau auf, wo zahlreiche kommunistische Flugblätter, eine Schreibmaschine, Klischees und dergleichen vorgefunden wurden. Die Flugblätter waren für den 1. August, für den „Internationalen Kampftag gegen den Krieg“ vorbereitet. Das Druckereilokal war gegen die Augen unbewusener gesichert und zwar waren die Fenster des Lokales mit Brettern verschla-

gen und auf dem Ofen befanden sich Ketzen Streichhölzer und Petroleum, um die Flugblätter im Falle eines polizeilichen Einschreitens zu vernichten. Der Leiter der Druckerei war eine Frauensperson, die hauptsächlich weibliche Hilfskräfte hatte, die sämtlich verhaftet wurden. Außerdem wurden einige Papierlieferanten dieser Geheimdruckerei verhaftet und dem Kreisgericht in Krakau überstellt.

Durch Blitzschlag getötet.

Auf den Feldern der Gutscherrschaft Telsnow bei Wielun hat der Blitz in einen Heuschaber eingeschlagen und den in der Nähe des Heuschabers stehenden Eigentümer des Gutes Rembow ski und eine Arbeiterin getötet und sieben andere Arbeiter verletzt.

Eine Falschmünzerwerkstatt endlich ausgehoben.

Die Polizeibehörden suchen seit längerer Zeit die Fälscher der falschen Fünfschlotmünzen, die in ziemlich großer Anzahl in der Lodzer Wojewodschaft in den Verkehr gesetzt wurden. Die energischen Erhebungen hatten endlich den gewünschten Erfolg. Die Polizei machte eine Revision in dem Dorfe Kucice, im Bezirk Lodz, in der Wohnung eines gewissen Wojciechow ski. In dessen Wohnung wurde eine reich ausgestattete Falschmünzerfabrik gefunden, die mit zahlreichen Formen zur Herstellung des Falschgeldes ausgestattet

war und einen reichen Vorrat an Blei besaß. Der Eigentümer der Wohnung und der Falschmünzerwerkstätte hatte aber Lunte gerochen und war rechtzeitig dem Zugriff der Polizei entschlüpfte. Er wird stetsbrüßlich verfolgt.

Ein Polizist ermordet.

Die Polizei in Kielce suchte einen verschwundenen Polizisten namens Chojnacki. Im Laufe der Erhebungen wurden auch die dortigen dunklen Elemente unter die Lupe genommen und man bemerkte, daß zwei Brüder nicht zu sehen seien. Die weiteren Erhebungen in dieser Richtung führten zu einem Erfolge, denn, wie Augenzeugen berichten, wusch die Mutter des einen Gesuchten in der kritischen Nacht diverse blutige Kleidungsstücke. Endlich fand man auch die beiden Brüder und im Kreuzfeuer des Verhöres bekamen sie, daß sie den Polizisten ermordet und seinen Leichnam vergraben haben.

Einführung der allgemeinen Schulpflicht in der Sowjetunion.

Moskau, 28. Juli. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei beschloß, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und zwar von Beginn des Rechnungsjahres 1930-31 ab für Kinder von 8, 9 und 10 Jahren und 1931-32 für Kinder von 11 Jahren. Außerdem soll im Rechnungsjahr 1930-31 eine 1- bis 2-jährige Schulpflicht für Kinder von 11 bis 15 Jahren eingeführt werden, die die Nationalschule nicht absolviert haben. In Industriestaaten und Arbeiterfiedlungen werden ab 1930-31 Pflichtschulen mit 7-jährigem Lehrgang für solche Sowjetbürger eingerichtet, welche die Elementarschule beendet haben. Sämtliche Parteiorganisationen sind, so bestimmt das Zentralkomitee aufzufordern, die Einführung der allgemeinen Schulpflicht als die wichtigste politische Campagne der ganzen Sowjetbewohner zu betrachten.

Die Lage in Aegypten.

Kairo, 28. Juli. In Aegypten geht die Regierung auch weiterhin scharf gegen die Nationalisten vor. In der Hauptstadt Kairo wurde es den Zeitungen verboten, den Aufruf des Führers der ägyptischen Unabhängigkeitspartei zu veröffentlichen, in dem zur Verweigerung der Steuerzahlung aufgefordert wird. Zeitungen, die diesem Verbot zuwiderhandeln, werden von der Polizei sofort beschlagnahmt.

Schießerei zwischen Heimwehrlenten und Sozialdemokraten.

Graz, 28. Juli. Im Borort Puntigam kam es gestern abends zwischen Heimwehrlenten und Sozialdemokraten zu Zusammenstößen, bei denen auch Schüsse fielen. Es wurden sieben Personen verletzt. Der Zusammenstoß ereignete sich als die Heimwehrlenten auf Kaszkautos von einer Feier in Radkersburg zurückkehrten. Die Polizei trennte die Streitenden und stellte die Ordnung wieder her. Die Verletzten wurden in ein Krankenhaus gebracht; zwei von ihnen wurden nach Anlegung von Verbänden wieder nach Hause entlassen.

Deutsch-polnischer Journalistenausflug.

Der deutsch-polnische Journalistenausflug aus Danzig besichtigte in den letzten Tagen die internationale Verkehrs- und Touristenausstellung in Posen. Zu Ehren der Gäste gab der Verband der Journalisten von Großpolen ein Frühstück, an dem ein Vertreter des Außenministeriums und zahlreiche Prominente Mitglieder der Ausstellung teilnahmen.

Strafentumulte in Liverpool.

London, 28. Juli. Wie „Morning-Post“ aus Liverpool meldet, ist es dort gestern in der Netherfield Road zu einem Strafentumult gekommen, der auf religiöse Gegensätze zurückzuführen ist. Auf Seiten der Polizei wie im Publikum wurde eine ganze Anzahl von Personen verletzt. In dem Stadtviertel, in dem nach Schilderung des Blattes aggressiver englischer Protestantismus früherer Perioden noch sehr stark vertreten ist, hatte sich das grundlose Gerücht verbreitet, daß der römisch-katholische Bischof von Liverpool dem Viertel einen Besuch abstatten werde, um ein dort in Bau befindliches Kultusgebäude zu besichtigen. Es sammelten sich darauf in den in Betracht kommenden Straßen große Massen erregter Menschen an und an verschiedenen Stellen wurden papstfeindliche Plakate und Zettel angebracht.

Sabotageakte im rumänischen Petroleumgebiet.

Bukarest, 28. Juli. Auf Grund des Beschlusses der rumänischen Petroleumgesellschaften, die Produktion zu verringern, wurden im Petroleumgebiet Prahova Arbeiterentlassungen vorgenommen und weitere Kündigungen in Aussicht gestellt. Wie „Dimineaşa“ meldet, versuchten heute Nacht entlassene Arbeiter, sich durch Sabotageakte zu rächen. Sie öffneten in Mislia die Leitungen eines Rohölreservoirs und steckten das ausfließende Öl in Brand. Gendarmerie wurde in Automobilen in die gefährdeten Gebiete entsandt und verhinderte weitere Sabotageakte. Zwei Rädelsführer wurden verhaftet.

Volkswirtschaft

J. G. Farbenindustrie.

Chemikalien stagnierend, Farbstoffe unverändert, Kunstseide stärkere Nachfrage.

Die J. G. Farbenindustrie veröffentlicht einen Bericht über das zweite Geschäftsquartal, doch zeigt der Bericht keine vergleichende Daten, sondern gibt nur einen summarischen Ueberblick über die Geschäftslage. Lediglich über Farbstoffe und Färbereihilfsprodukte werden Angaben gemacht, so daß ein Vergleich möglich ist. Bemerkenswert ist, daß die Gesellschaft in ihrem Bericht über große Schwierigkeiten bei den Stickstoffverhandlungen ausführliche Mitteilungen macht. In den Communiqués heißt es u. a.: In Farbstoffen und Färbereihilfsprodukten bewegte sich das Geschäft auf der gleichen Höhe wie im ersten Quartal 1930. Chemikalien sind mit Rücksicht auf die Lage der Abnehmerindustrie etwas stagnierend. Der Stickstoffabsatz im Inlande entwickelte sich der Jahreszeit entsprechend. Die Erneuerung des Stickstoffsyndikates soll sich jetzt auch auf den Verkauf von Stickstoffprodukten für technische Zwecke erstrecken. Das Syndikat umfaßt mehr als 98 Prozent der deutschen Stickstoffherzeuger. In der nach Ostende einberufenen europäischen Stickstoffkonferenz wurde eine Verständigung über den Stickstoffabsatz im kommenden Düngejahr angebahnt. Die Verhandlungen boten aber noch große Schwierigkeiten und werden Ende dieses Monats fortgesetzt. Auf dem Gebiete der pharmazeutischen Produkte wurden weitere Fortschritte erzielt. Eine Belebung zeigt das Geschäft in Photoprodukten. In Kunstseide war die Nachfrage etwas stärker, so daß die Lagerbestände erheblich verringert werden konnten. An der Preisentwicklung in dieser Branche hat sich jedoch nichts geändert. Der Bericht der J. G. Farben enthält keine Angaben über die Preislage. Dies hat auch zur Folge gehabt, daß der Bericht auf der heutigen Börse keinen großen Nachhall gefunden hat.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Polen

Nach Angabe des Statistischen Arbeitsvermittlungsamtes betrug am 19. Juli der Stand der Arbeitslosigkeit in Polen 198 748 Personen. Im Vergleich zur vergangenen Berichtswochen hat sich die Arbeitslosenzahl um 2886 verringert.

Zunahme des Reiseverkehrs über den Hafen von Gdynia.

Nach Berichten der Presse haben im ersten Halbjahr 1930 den Gdyniaer Hafen über 10 000 Reisende passiert, was auf eine ständige Weiterentwicklung des Hafens hinweist.

Schmalzuntersuchungsstation in Gdynia

In Gdynia fand dieser Tage im Seeamt eine Konferenz über die Eröffnung einer Schmalzuntersuchungsstation im Hafen von Gdynia statt. Diese Station wird im Schuppen 2 im Hafendecken Marschall Piłsudskis untergebracht.

Die Kupferhauffe.

Zur Kupferhauffe schreibt der Berliner Börsencourier: „Nachdem die europäischen Kupferverbraucher angesichts der Erschöpfung der Kartellquoten ihren Bedarf nicht befriedigen konnten, setzten sich die umfangreichen Käufe am Kupfermarkt fort. Infolgedessen war das Kartell alsbald wieder ausverkauft. Die Nachfrage war stürmisch, um so mehr, als die Londoner Standardnotierungen weiter um sieben Achtel auf 49 fünf Achtel Pfund Sterling anstiegen. Die Londoner Elektrolytkupferpreise wurden in London erstmalig um 1 Pfund auf 51,5 Pfund erhöht, so daß ihre Parität nunmehr über der derzeitigen Kartellnotiz von 11,30 Cents liegt. In Marktpreisen rechnete man infolgedessen mit einer bevorstehenden Erhöhung der Kartellpreise, jedoch war die Stimmung am gestrigen Nachmittag wieder wesentlich schwächer, so daß es fraglich erscheint, ob das Kartell sich tatsächlich zu diesem durch die statistische Position nicht begründeten Schritt entschließen wird. Aus Amerika werden große Verkäufe gemeldet, während das Kartell in Europa wie gestern annähernd 7000 t absetzen konnte. Sollten aber die Preise trotzdem erhöht werden, so dürfte ein Rückschlag hierauf in absehbarer Zeit kaum ausbleiben.“

Die Lage der elektrotechnischen Industrie Polens.

Den Berichten des statistischen Hauptamtes in Warschau entnehmen wir, daß im Laufe des Monats Mai und Anfang Juni ein weiterer Beschäftigungsrückgang in der polnischen elektrotechnischen Industrie eingetreten ist. Während Anfang Mai 1930 43 elektrotechnische Betriebe tätig waren, verminderte sich die Zahl Anfang Juni auf 42. Die Arbeiterzahl ging von 4933 auf 4840 zurück. Im Vergleich zu Anfang Juni 1929 beträgt der Rückgang etwa 25 Prozent (damals betrug die Arbeiterzahl 6610). Die Zahl der Arbeitsstunden verminderte sich in dem Berichtsmonat von 1 480 103 (Anfang Juni 1929: 2 500 794), auf 1 424 002. Der Auftragsbestand ist für Anfang Juni mit 41,8 Proz. als mittelmäßig (Anfang Juni 1929: 57 Prozent mittelmäßig und 28,9 Prozent gut) und mit 58,2 Prozent als schlecht angegeben. Gegenüber Anfang Mai 1930 ist eine ganz unwesentliche Besserung der Auftragsgänge eingetreten.

Litauens Außenhandel.

Wie aus Rowno gemeldet wird, ist der auswärtige Handel Litauens im ersten Halbjahr des laufenden Jahres aktiv gewesen. Die amtlichen Ziffern zeigen, daß er mit einem Aktivum von 11,9 Mill. Litas abschließt. Der Export betrug 158,3 Mill. Litas und der Import 146,4 Mill. Litas. Im Vergleich zum vergangenen Jahre nahm die Ausfuhr um 9 Prozent und die Einfuhr um 7 Prozent zu. Am 10. August werden in Rowno die lettisch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen werden. Die Verhandlungen dürften nicht so reibungslos verlaufen gehen. Die litauischen Unterhändler fordern den Zugang der landwirt-

schafflichen Erzeugnisse zum lettischen Markte, während Lettland die freie Einfuhr für lettische Industrieerzeugnisse nach Litauen wünscht.

Verminderung der jugoslawischen Getreideausfuhr 1930.

In der amter Vorsitz des Handelsministers Demetrovic abgehaltenen Sitzung der jugoslawischen Exportgesellschaft wurde über die Ergebnisse der Ausfuhrmöglichkeiten der diesjährigen Ernteergebnisse Bericht erstattet. Aus diesem geht hervor, daß der Erntertrag zu keinen übermäßigen Hoffnungen berechtigt. Die Weizenernte beläuft sich auf kaum 20 Millionen Doppelzentner gegen 26 Millionen Doppelzentner im Vorjahre. Im Jahre 1929 exportierte Jugoslawien 6 Millionen Doppelzentner Weizen, im kommenden Wirtschaftsjahr werden sich kaum 2 Millionen Doppelzentner ausführen lassen.

Der polnisch-amerikanische Handels- und Konsularvertrag.

Wie wir erfahren, wird um die Mitte des Monats August die Unterfertigung des polnisch-amerikanischen Handels- und Konsularvertrages stattfinden. Dieser Vertrag wird eine gewisse Ausnahme von dem bisherigen System der Nachkriegsverträge bilden, denn er berührt nicht nur die Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten, sondern auch die Rechte, was es in den bisherigen Verträgen nicht gab.

„Rotograf“

**Buch- und Kunstdruckerei
Bielsko. (Śląsk)
Piłsudskiego 13 - Tel. 1029**

Adresskarten — Vermählungsanzeigen
— Einladungen — Kuverts — Brief-
formulare — Mitteilungen — Visit-
karten — Rechnungen — Programme
— Kommissions- u. Lieferschein-Bücher
— Lohnbeutel — amerikanische Jour-
nals vom kleinsten bis zum größten
Format — Nach Entwürfen erster
Künstler: vornehme Kataloge ausge-
führt auf Kunstdruckpapier, Prospekte
— Reklame-Flugzettel — Etiketten —
Zeitschriften — Broschüren — Werke

**Modern Ausführung
Mehrfarbindruck
Illustrationsdruck**

Verlangen Sie Angebote

Śląski Urząd Wojewódzki ogłasza

OFERTOWY

PRZETARG PUBLICZNY

na roboty związane z kanalizacją i odwodnieniem Zakładu dla Głuchoniemych w Lublińcu z terminem wniesienia ofert do dnia 8 sierpnia 1930 r. o godz. 11-tej.

Blizsze szczegóły przetargu podane są w Gazecie Urzędowej Województwa Śląskiego oraz na tablicy Wydziału Robót Publicznych gmach Urzędu Wojewódzkiego IV. piętro pokój 805.

Za Wojewodę

**(—) Dr. KAUFMAN
w z. Naczelnika Wydziału R. P.**